



■ MITTEILUNGEN FÜR DEN KREIS

27. Oktober 2008

Mechthild Rawert

Wahlkreisbüro:

Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin

Tel: 720 13 884, Fax: 720 13 994

eMail:mechthild.rawert@wk.bundestag.de

www.mechthild-rawert.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

der weltweite Kollaps der Finanzmärkte hat auch Deutschland mit voller Wucht erreicht. Wir erleben derzeit die schwerste Finanzmarktkrise in der Geschichte der Bundesrepublik. In dieser Krisensituation ist es Aufgabe des Staates, regulierend einzugreifen und aktive Maßnahmen zu ergreifen, damit die Finanzmarktkrise nicht mit Wucht auf die Realwirtschaft übergreift. Wir versuchen, eine schwere Rezession zu vermeiden.

Mit dem **Finanzmarktstabilisierungsgesetz** haben wir bis Ende 2009 einen Rettungsfonds eingerichtet, damit weiterhin ein funktionierender Bankensektor existiert. Das ist im Interesse der Sparerinnen und Sparer, der Firmen aber auch der Kommunen. Gerettet werden sollen vor allem Arbeitsplätze im Mittelstand. Das Gesetz wurde im Eilverfahren beschlossen. Ich bin froh, dass Bund und Länder hier an einem Strang gezogen haben.

Um es noch einmal klarzustellen: Mit dem beschlossenen Maßnahmenpaket sollen Bankmanager nicht aus der Verantwortung gelassen werden. Auch für mich ist es nach wie vor schwer nachvollziehbar, wie denn die ganzen Luftblasen vermeintlich unbemerkt über Jahre hinweg entstanden sind. Das gilt es aufzuarbeiten. Ich erwarte von verantwortlichen Bankmanagern, dass sie alles tun, ihre Institute nicht zusammenbrechen lassen und die angebotenen Rettungsmaßnahmen in Anspruch nehmen. Es ist richtig, dass die Managervergütungen gedeckelt, Boni gestrichen und Dividendenzahlungen beschränkt werden können. Ich befürworte, dass es eine breite gesellschaftliche Diskussion über gutes Management, angemessene Renditen und nachhaltige Unternehmensziele gibt. Ich gehe nicht davon aus, dass die Finanzkrise in kurzer Zeit überwunden wird. Ich unterstütze ein staatliches Investitionsprogramm zur Infrastruktur, Bildung und auch zum Klimaschutz.

Dass die Union mitnichten für **Chancengleichheit aller in der Bildung** steht, hat erneut die jüngste Studie des Hochschulinformationszentrums (HIS) gezeigt. Die Studie geht von 18.000 jungen Menschen - überwiegend junge Menschen mit Migrationshintergrund und junge Frauen - aus, die aufgrund von Gebühren 2006 kein Studium aufnehmen wollten oder konnten. Ohne diese Campus-Maut hätten wir 2006 eine StudienanfängerInnenquote von 37,6 Prozent und nicht nur 35,7 Prozent erreichen können. Mit Studiengebühren verlieren wir ein großes Potenzial an Expertise, Qualifikation und Kreativität junger Menschen. Der von der Kanzlerin einberufene Bildungsgipfel am 22. Oktober 2008 brachte das, was die SPD-Bundestagsfraktion befürchtet hatte: Keine konkreten Ergebnisse! Nur Lippenbekenntnisse, eine bloße Ansammlung bereits verabredeter Ziele und Maßnahmen.

Mit solidarischen Grüßen

Mechthild Rawert

■ ■ INFORMATIONEN AUS TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

■ 24.09.2008 | **Jugendliches Engagement gegen Rechts ist unverzichtbar**

Am 24. September habe ich zum generationen- und nationenübergreifenden Miteinander ohne Diskriminierungen aufgerufen. Auf einer Pressekonferenz des Integrationszentrums „Harmonie“ in der Hauptstraße konnte ich das Engagement des Vereins im Kampf gegen den Rechtsextremismus würdigen und den hier aktiven Jugendlichen ein großes Lob für ihren Einsatz für Vielfalt in Tempelhof-Schöneberg aussprechen.

Im Jugendmedien- und Ausstellungsprojekt „Halt! Hier reden die Steine“, das auch vom Bundesjugendministerium gefördert wird, recherchieren Jugendliche verschiedener Nationalitäten die Lebensgeschichten ermordeter jüdischer MitbürgerInnen aus Tempelhof-Schöneberg und sorgen dafür, dass diesen ein so genannter Stolperstein gewidmet ist. Stolpersteine sind 10x10 Zentimeter große, in den Bürgersteig eingelassene Messingplatten mit dem Namen, Geburts-, Deportations- und Todesdatum eines Opfers des Nationalsozialismus'. Mit den Stolpersteinen erhalten die Opfer der NS- Zeit ihren Namen und damit ein Stück ihrer Identität zurück.

■ 26.09.08 | **BPA-Fahrt mit Mitgliedern der Arbeiterwohlfahrt**

An dieser vorletzten BPA-Fahrt 2008 nahmen 50 Mitglieder der Tempelhof-Schöneberger AWO-Abteilungen teil. Erste Station war das Auswärtige Amt, ein Mitarbeiter berichtete über die Arbeit des Hauses. Nach dem Fototermin am Reichstagsgebäude ging es mit dem Bus weiter zum Informationsgespräch im Bundesministerium für Gesundheit. Der Gesundheitsfonds und vor allem das Thema Prävention standen im Mittelpunkt. Ein Mittagessen im Restaurant Suriya Kanthi in Prenzlauer Berg, eine Stadtrundfahrt durch das Regierungsviertel Berlins, und eine Führung durch die Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg folgte. Beschlossen wurde der Tag mit einem Abendessen und einer Dampferfahrt. Ich danke allen TeilnehmerInnen für die produktiven Gespräche und freue mich über die einhellige Meinung: Ein gelungener und politisch sehr informativer Tag!

■ 30.09.08 | **Gedenkveranstaltung zum 1. Todestag Ella Barowsky**

Auf Wunsch der Bezirksverordnetenversammlung hat das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg anlässlich des 1. Todestages von Frau Dr. Ella Barowsky eine Gedenkveranstaltung organisiert. Ella Barowsky war von 1951 bis 1955 die erste Schöneberger Bezirksbürgermeisterin und von 1964 bis 1975 Direktorin des Lette-Vereins. Sie war für die FPD langjähriges Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und engagierte sich u.a. für die Gleichstellung der Frau im Bildungsbereich und in der Berliner Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Ihr Wirken wurde sowohl von Ekkehard Band, Mieke Senfleben als auch Walter Momper gewürdigt.

■ 08.10.2008 | **Das deutsche Engagement in Afghanistan: Ziviler Wiederaufbau und Sicherheitsinteressen**

Der Deutsche Bundestag hat am 07. Oktober in erster Lesung über den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung des deutschen Bundeswehreinsetzes in Afghanistan beraten. Einen Tag später stand der Kollege Gernot Erler (SPD) in seiner Funktion als Staatsminister im Auswärtigen Amt auf meine Einladung hin den BürgerInnen und GenossInnen in der Friedrich-Bergius-Schule Rede und Antwort in Sachen Afghanistan.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Fachausschusses für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der Berliner SPD, Karl-Heinz Niedermeyer, hatte ich zum politischen Dialog über das deutsche Engagement in Afghanistan geladen.

Gernot Eler erläuterte die politische Notwendigkeit des deutschen Engagements in Afghanistan. Die Weiterführung des NATO-geführten Einsatzes der Deutschen Bundeswehr sei aufgrund der nach wie vor angespannten Sicherheitslage im Land unerlässlich.

Neben seinem militärischen Engagement in Afghanistan hält Deutschland auch Wort beim zivilen Aufbau des Landes. Das zeigt die Erhöhung des Beitrags zum zivilen Wiederaufbau um 70 Mio. Euro auf rund 170,7 Mio. Euro in 2008. Die zusätzlichen Mittel dienen dazu, die akute Nahrungsmittelkrise in Afghanistan zu lindern. Ziel ist es, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern, Einkommen zu schaffen und die Landwirtschaft zu stärken. Gefördert werden sollen darüber hinaus Gesundheitseinrichtungen und Berufsausbildung.

■ 10.10.2008 | Mechthild Rawert informiert ver.di-Seniorinnen und Senioren über die SPD-Position zur Lebensmittelkennzeichnung und zur Gentechnik

Zum wiederholten Male haben mich die Seniorinnen und Senioren der ver.di-Ortsgruppe in die Spukvilla eingeladen. Wir SozialdemokratInnen fordern eine verpflichtende einheitliche Lebensmittelkennzeichnung. VerbraucherInnen brauchen eine Nährwertkennzeichnung, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht, die gleichermaßen gut erkennbar und leicht verständlich ist. Diese Kennzeichnung muss aufführen Kaloriengehalt, Fett, gesättigte Fettsäuren, Zucker, Salz und Ballaststoffe und sich auf einen einheitlichen Maßstab wie bspw. 100ml/100gr. beziehen. Wir unterstützen deshalb das in Großbritannien bereits erprobte Modell der „Ampelkennzeichnung“. Für uns sind verbraucherInnenfreundliche Informationen keine KonsumentInnenbevormundung! Die Union ebenso wie Minister Seehofer unterstützen das irreführende von der Wirtschaft entwickelte Modell der „Empfohlenen Tageszufuhr“ = guided daily amount = GDA“. Diese Angaben beziehen sich nach Industrieangaben auf eine durchschnittliche Tageszufuhr von 2000 Kilokalorien. Da aber der Energiebedarf von VerbraucherInnen stark variiert nach Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand und Lebensumständen, führt die empfohlene Tageszufuhr zu falschen Annahmen bei den KonsumentInnen.

Die SPD hat sich bei der „ohne Gentechnik“-Kennzeichnungspflicht durchgesetzt: Seit dem 18. April 2004 müssen Lebensmittel und Futtermittel, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten, aus ihnen bestehen oder hergestellt wurden, EU-weit gekennzeichnet werden. Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten damit die Wahlfreiheit, sich beim Einkauf für oder gegen gentechnisch veränderte Produkte zu entscheiden. Mit der neuen 2008 auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion beschlossenen „ohne Gentechnik“-Kennzeichnungsregelung existieren jetzt die rechtlichen Voraussetzungen dafür. Bei tierischen Erzeugnissen, z.B. Milch, Eier, Fleisch, besagt „ohne Gentechnik“, dass nicht nur die einzelnen Bestandteile gentechnikfrei sind, sondern dass schon die Tiere ohne gentechnisch veränderte Pflanzen gefüttert wurden. Wir rechnen mit einem großen Interesse sowohl im Handel als auch bei den Erzeugern.

■ 11.10.2008 | Aufruf zur Teilnahme am flächendeckenden Mammographie-Screening

Als Referentin zum Thema „Mammographie-Screening“ habe ich an der ersten Fachtagung des Frauenausschuss des Sozialverbandes Deutschland am 11. Oktober 08 zum Thema Frauengesundheit teilgenommen. Aufgerufen habe ich im aktuellen Brustkrebsmonat zur Teilnahme am flächendeckenden Mammographie-Screening. Die Röntgenuntersuchung der Brust ist ein wichtiges Instrument zur Früherkennung von Brustkrebs.

In Berlin erkranken jährlich 2.300 Frauen an Brustkrebs, etwa 800 Frauen sterben hier jedes Jahr daran. Bundesweit ist Brustkrebs mit rund 57.000 Neuerkrankungen jährlich die häufigste Krebserkrankung bei Frauen. Etwa 17.500 Frauen sterben jedes Jahr bundesweit an dieser Form von Krebs, das sind etwa 50 Frauen jeden Tag.

Am 28. Juni 2002 hatte der Deutsche Bundestag die Einführung eines qualitätsgesicherten, bundesweiten und bevölkerungsbezogenen Mammographie-Screening-Programmes für die Frauen nach Europäischen Leitlinien beschlossen. Danach werden bundesweit alle 50- bis 69-jährigen Frauen alle zwei Jahre zur Röntgenuntersuchung der Brust eingeladen.

Die Teilnehmerinnenquote in Berlin liegt momentan mit rund 50 Prozent allerdings weit unter der Quote (70%), die für eine Evaluation der Maßnahme notwendig ist.

⇒ Hinweis: Mein Vortrag auf der SoVD-Fachtagung ist abrufbar auf meiner Website unter „11.10.2008 | Rawert: Beste Früherkennung durch Mammographie Screening“.

■ 21.10.2008 | Lebenslagen in Deutschland - 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Die Abteilung City hat mich zu einer öffentlich beworbenen Mitgliederversammlung eingeladen, um über den 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu referieren. Soziale Gerechtigkeit ist Maßstab für gute Politik, ist sozialdemokratischer Grundwert. Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit hängen in Deutschland vorrangig von diesen Merkmalen ab: Soziale Herkunft, Geschlecht, Alter, Nationalität, Region. Die Armutsrisikogrenze liegt bei 781 Euro, in Deutschland insgesamt bei 13 % der Bevölkerung (EU-Durchschnitt 16 Prozent). Als reich gilt demgegenüber, wer das Doppelte des mittleren Einkommens, also mehr als 3.400 Euro netto pro Person monatlich zur Verfügung hat. Nachgewiesen ist der Anstieg sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, gleichzeitig aber auch die massive Zunahme des Niedriglohnbereiches (Niedriglohngrenze 1116 Euro brutto). In Deutschland ist die Schere zwischen Arm und Reich breit. Der Bericht liefert eine detaillierte (Problem-)Analyse zu „Lebenslagen in Deutschland“ und zeigt die Maßnahmen der Bundesregierung in den untersuchten Bereichen wie etwa Vermögen, Einkommen, Überschuldung; Erwerbstätigkeit; Bildung; Familie und Kinder; Wohnen auf. Nach dem Anfang November vorzulegenden Existenzminimumsbericht werden wir diesen Bericht parlamentarisch weiterberaten.

■ 24.10.2008 | 100ster Geburtstag von Frau Elli Heinrich

Am 03. April 08 erhielt Elli Heinrich für ihr bürgerschaftliches Engagement durch Ekkehard Band, Bezirksbürgermeister (SPD), die Verdienstmedaille des Bezirks Tempelhof-Schöneberg. Nach wie vor ist die nun 100-Jährige ehrenamtlich aktiv: und zwar im OXFAM-Shop in Friedenau. So konnten denn die GratulantInnen Elli Heinrich auch erst nach 17.00 Uhr in ihrer Wohnung besuchen, denn an diesem besonderen Freitag war ihr die Gratulation der KollegInnen sehr wichtig, außerdem: „Die Arbeit muss ja auch gemacht werden“.

■ 26.10.2008 | Benefizkonzert für das Hospiz Schöneberg-Steglitz

Die wunderbare Musik der 17 Hippies riss die BesucherInnen in der überfüllten Apostel-Paulus-Kirche von den Bänken und animierte viele zum Tanzen. Lebensfreude und Lebensqualität, die Freude am Augenblick - all dies ist auch möglich in der besonderen Lebenssituation der unheilbar Kranken, die diese teilen mit den Ehren- und Hauptamtlichen in der ambulanten und stationären Hospizbewegung. Der Erlös dieses Benefizkonzertes dient dem Bau eines Vordaches am Eingang des Hospizes.

■ INFORMATIONEN AUS DEM BUNDESTAG

■ Eilverfahren

Am 17.10.08 wurde im Deutschen Bundestag und auch im Bundesrat mit dem **Finanzmarktstabilisierungsgesetz** ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des deutschen Finanzmarkts beschlossen. Das Gesetz umfasst verschiedene Maßnahmen, die es Finanzinstituten durch staatliche Garantien befristet erlauben, ihr Eigenkapital zu stärken, Liquiditätsengpässe zu beheben und die Refinanzierung am Kapitalmarkt zu unterstützen. Die Bundesregierung hat dafür den Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS) eingerichtet und mit 80 Mrd. Euro ausgestattet. Weiterhin kann der Fonds zur Sicherung von Refinanzierungsgeschäften zwischen Finanzinstituten Garantien in Höhe von bis zu 400 Mrd. Euro übernehmen. Als Vorsorge für mögliche Ausfälle aus diesen Garantieübernahmen steht dem Fonds eine Summe von 20 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Mittel in Höhe von insgesamt 100 Mrd. Euro, die dem Fonds damit zur Verfügung stehen sollen, werden vom Bund am Kapitalmarkt aufgenommen. Institute, die Leistungen des Fonds in Anspruch nehmen, müssen „Gegenleistungen“ sowohl bei den Managerbezügen als auch bei ihren Geschäftspolitiken erbringen.

Einzelheiten zu diesen Vorgaben hat die Bundesregierung in einer Rechtsverordnung festgelegt, die am 20.10.2008 im Bundeskabinett beschlossen wurde.

⇒ Hinweis: Das Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte auf meiner Website unter http://spdnet.sofi.info/berlin/rawert/dl/Stabilisierung_der_Finanzmaerkte.pdf

■ Gesundheit

Der Bundestag hat am 17. Oktober 2008 das **Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-OrgWG)** beschlossen. Mit dem Gesetz werden weitere Bereiche der Gesundheitsreform umgesetzt. Die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für den Gesundheitsfonds stehen, so dass dieser planmäßig zum 1. Januar 2009 eingeführt werden kann.

Die Krankenkassen werden zum Start des Gesundheitsfonds entschuldet sein. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die künftig geltende Insolvenzfähigkeit aller Krankenkassen. Bislang konnten nur bundesweit tätige Kassen insolvent werden. Die Krankenkassen treten damit unter gleichen Bedingungen in einen fairen Wettbewerb. Neben der Insolvenzfähigkeit und den Regelungen über die Zuweisungen, die die Krankenkassen aus dem Gesundheitsfonds bekommen, enthält das Gesetz weitere Bestimmungen, die die PatientInnenversorgung verbessern. Es gilt ein einheitlicher Beitragssatz von 15,5 Prozent.

In 1. Lesung beraten wurde der **Entwurf des Gendiagnostikgesetzes** am 16.10.2008. SPD und CDU/CSU haben im Koalitionsvertrag vereinbart, genetische Untersuchungen bei Menschen gesetzlich zu regeln. Ziel des Gendiagnostikgesetzes ist es, die mit der Untersuchung menschlicher genetischer Eigenschaften verbundenen möglichen Gefahren von genetischer Diskriminierung zu verhindern und gleichzeitig die Chancen des Einsatzes genetischer Untersuchungen für den Einzelnen zu wahren. Vor dem Hintergrund der heutigen Möglichkeiten der Humangenetik ist aber ein besonderer Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen erforderlich. Im parlamentarischen Verfahren werden wir diskutieren: die Sicherstellung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung; die Regelungen zur Feststellung der Kindesabstammung; Untersuchungen im Arbeitsleben und das Verbot für Versicherungsunternehmen entsprechende Untersuchungen zu verlangen.

■ Verbraucherschutz

Der Antrag „**Schutz vor Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmittel verstärken**“ wurde vom Deutschen Bundestag am 16.10.2008 auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beschlossen.

Die in Deutschland erzeugten landwirtschaftlichen Produkte weisen einen hohen Sicherheits- und Qualitätsstandard auf. Dennoch werden bei Lebensmitteln pflanzlichen Ursprungs, insbesondere bei Obst und Gemüse, regelmäßig Pflanzenschutzmittelrückstände oberhalb ihrer Grenzwerte festgestellt. Wir haben die Bundesregierung daher aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern die Anstrengungen zur Aufdeckung, Verfolgung und Rückführung von nicht akzeptablen Belastungen der Lebensmittel mit Pflanzenschutzmittelrückständen zu verstärken. Weiterhin fordern wir die Einrichtung einer zentralen Stelle beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Diese dient der Erfassung und wissenschaftlichen Bewertung von Daten aus den Bundesländern, den Bundesämtern und aus der EU und Drittländern.

■ Arbeit und Soziales

Das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** und das **Mindestarbeitsbedingungengesetz** wurde ebenfalls in der letzten Sitzungswoche in 1. Lesung beraten. Beide Gesetze schaffen die Grundlage für faire Löhne in Deutschland. Dabei verhalten sie sich wie kommunizierende Röhren. Die Abgrenzung zwischen beiden Gesetzen erfolgt anhand des Kriteriums „Tarifbindung von 50%“: Beschäftigten die tarifgebundenen Arbeitgeber eines Wirtschaftszweiges bundesweit oder regional mehr als 50% der in der Branche tätigen ArbeitnehmerInnen, gilt das Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Liegt die Tarifbindung der Branche unter 50% gilt das Mindestarbeitsbedingungengesetz.

Mindestlöhne können somit in jeder Branche entweder auf der Grundlage des einen oder des anderen Gesetzes festgelegt werden. Wichtig für uns: Es bleiben keine weißen Flecken!

■ ■ Weitere Besuche, Veranstaltungen, Referate als „MdB“

■ 08.10.08 | Wohin mit der Pflege?

Auf Einladung des Landespflegeausschuss Berlin und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Sozialen habe ich am 08.10. in der Berliner Stadtmission an der gut besuchten Veranstaltung „Wohin mit der Pflege“ teilgenommen. Diskutiert wurde vor allem die Situation in der ambulanten und stationären Altenpflege, u.a. die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen ÄrztInnen und Pflegenden, die Pflegeausbildung, der Wert der pflegerischen Arbeit.

■ 09.10.08 | Eröffnung der Ausstellung

Eröffnet habe ich in Vertretung von Frau Karin Evers-Meyer, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, im "KLEISTHAUS - DA KANN JA JEDER KOMMEN" eine Ausstellung mit Werken von Vanda Vieira-Schmidt eröffnet. Was heißt schon ver-rückt sein? Die Weltrettung erfordert Konzepte jenseits gesellschaftlicher Normen. Vanda Vieira-Schmidt (*1949) zeichnet und malt gegen das Böse in der Welt. Mit Pinsel und Kohlestift kämpft sie gegen Krankheiten, Umweltverschmutzung und soziale Ungerechtigkeit. Sie entmachtet den Teufel, wehrt Flüche mit Gegenflüchen ab und sichert so den zukünftigen Weltfrieden.

■ **10.10.08 | Festakt 60 Jahre Deutscher Hausfrauen-Bund Landesverband Berlin e.V.**

In einem Festakt feierte der DHB Berlin, der Berufsverband der Haushaltsführenden, sein 60-jähriges Bestehen im Rathaus Spandau. Der DHB ist auch Tarifpartner der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Mitglied zahlreicher nationaler (z.B. Bundeszentrale Verbraucherverband) und internationaler Organisationen, Mitglied im LandesFrauenRat Berlin. Neue Kontakte zu den Ortsgruppen in Tempelhof und Schöneberg wurden geschlossen.

■ **14.10.2008 | Gegen die Schließung der Telekom-Callcenter**

Der Vorstand der Telekom beabsichtigt ein neues Standortkonzept durchzusetzen, welches unweigerlich „kalte Kündigungen“ zur Folge hat. In Berlin beschäftigt die Telekom derzeit an fünf Standorten - unter anderem auch in der Schätzelbergstr. in Tempelhof - 936 MitarbeiterInnen, zumeist Frauen, Teilzeitbeschäftigte und viele Schwerbehinderte. Zur Rettung der Arbeitsplätze habe ich bereits am 19.09.08 mit dem Betriebsratsvorsitzenden Hans-Joachim Bartlick ausführlich diskutiert.

Die gesamte SPD-Bundestagsfraktion hat sich während eines fraktionsoffenen Abends mit dem Telekom-Vorstand gegen dieses Standortkonzept ausgesprochen. Stattdessen hat der Gesamtpersonalrat unsere Unterstützung erhalten. Augenblicklich plane ich einen gemeinsamen Termin mit den Tempelhofer-Beschäftigten sowie mit dem Beauftragten der SPD-Bundestagsfraktion Martin Dörmann und mir.

■ **22.10.2008 | Parlamentarischer Abend der SPD auf dem 15. ordentlichen Gewerkschaftstag der NGG**

Themen des Abends waren gute Arbeitsbedingungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Schutz vor Diskriminierung, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Mindestlohn aber auch die Ablehnung der NGG des allgemeinen Werbeverbots für Alkohol. Gefeiert werden konnte aber auch die Wiederwahl von Franz-Josef Möllenberg.

■ **23.10.2008 | Referat beim 38. SeniorInnen-Forum der Seniorenvertretung Charlottenburg-Wilmersdorf**

Das „Pflege-Weiterentwicklungsgesetz / Pflegestützpunkte“ lautete der Titel meines Vortrages beim öffentlichen SeniorInnen-Forum in Anwesenheit von Monika Thiemen, Bürgermeisterin für Charlottenburg-Wilmersdorf, und der Bezirksstadträtin Martina Schmiedhofer sowie vielen Aktiven der verschiedenen bezirklichen als auch der Berliner Landes-SeniorInnenvertretung im Rathaus.

Alle Anwesenden unterstützten meine Forderungen nach einer BürgerInnenversicherung sowie nach einer weiteren zukunftsorientierten Reform der Ausbildung (auch hinsichtlich ihrer Akademisierung) im gesamten Pflegebereich.

■ ■ **AUSBLICK AUF DIE KOMMENDEN VIER WOCHEN**

- 28.10.08** Gespräch mit ver.di - SchwerbehindertenVertreterInnen zu „Auswirkungen des Wettbewerbstärkungsgesetz auf Schwerbehinderte“ sowie zur Gesundheitsreform - Deutscher Bundestag
- 28.10.08** Referat zum „Pflege-Weiterentwicklungsgesetz“ - Abteilung Friedenau
- 31.10.08** Galakonzert für ältere Menschen - SeniorInnenbetreuung Tempelhof-Schöneberg

- 01.11.08** Jahrestagung des Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (AKF)
- 02.11.08** Frauenfrühstück - Abteilung Friedenau
- 02.11.08** Tagung der Ombudsleute und Petitionsausschüsse in Berlin
- 03.11.08** Ich lade herzlich ein zum „**Tag der offenen Tür**“ in meinem Wahlkreisbüro von 16.00 bis 22.00 Uhr
- 04.11.08** Eigene Fraktion vor Ort-Veranstaltung zusammen mit Wolfgang Thierse „Gesundheitsfonds 2009 - Mehr Transparenz, mehr Leistungen für Patientinnen“, u.a. mit Bundesministerin Ulla Schmidt, Anmeldungen unter 227 73749 / 227 73750
- 05.11.08** „Frauen kommen mit Macht“ anlässlich 90 Jahre Frauenwahlrecht, u.a. mit Dagmar Roth-Behrendt - LandesFrauenRat Berlin e.V.
- 07.11.08** Konsequenzen des Gesundheitsfonds auf Berlin - Wissenschaftszentrum Berlin
- 14.11.08** Referentin zum Thema „Bisherige Auswirkungen durch das SGB II für Frauen? - Geschlechtsspezifische Analysen und Ergebnisse“
- Bundesarbeitsgemeinschaft Berufliche Perspektiven für Frauen e.V.
- 15.11.08** HIV-Präventionsfortbildung für PolitikerInnen - Berliner Aids-Hilfe e.V.
- 19.11.08** Referat zu frauen- und gleichstellungspolitischen Herausforderungen - Berliner Frauenbund 1945 e.V.
- 20.11.08** 5. Bundesweiter Vorlesetag - u.a. Lesung bei Friedenau-integrativ
- 21.11.08** Letzte BPA-Fahrt in diesem Jahr
- 25.11.08** Strategien der Gesundheitsförderung und Prävention bei Menschen mit Migrationshintergrund-Friedrich-Ebert-Stiftung
- 29.11.08** 5. Berliner Gefäßtag, Schirmfrauschaft und Rede

■ ■ Kontakt und Impressum

Mechthild Rawert, MdB, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin
Tel: 030/720 13 884, Fax: 030/720 13 994, eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

■ **WEBSITE:** www.mechthild-rawert.de